

**Haushaltsrede 2015  
des Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion  
im Kreistag Unna**

**Werner Sell**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sehr geehrter Herr Landrat, Ib. Kolleginnen, Ib. Kollegen, werte Gäste.**

**Bei der Einbringung des Haushaltsplanes 2011 sah der damalige Kämmerer Rainer Stratmann, ich zitiere, „Licht am Ende des Tunnels“.**

**Heute, nur 4 Jahre später, trotz vielfältiger Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, ist es im Tunnel zappenduster und noch nicht einmal ein kleines Lichtlein zu sehen.**

**So kann man den Einführungssatz des heutigen Kämmerers, Dr. Wilk bei seiner Haushaltsplaneinführungsrede, auch hier zitiere ich „die Haushaltslage des Kreises Unna ist nicht schlecht, sie ist dramatisch“ interpretieren.**

**So wird, das Eintreten der bilanziellen Überschuldung vorausgesetzt, nach der kreisangehörigen Stadt Selm, die 2012 nach der exorbitanten Erhöhung der Grundsteuer B bundesrepublikanische Berühmtheit erlangte mit diesem Spitzensteuersatz in Deutschland auch der Kreis Unna diese nicht angenehme Berühmtheit erlangen, der erste Kreis in Deutschland zu sein, der bilanziell überschuldet ist und somit von seinen kreisangehörigen Kommunen eine Sonderumlage einfordern muss.**

**Fürwahr, eine traurige Berühmtheit.**

**Die Frage, die sich uns allen stellt, Kreistag wie Verwaltung, ist:**

**Was können wir dagegen tun?**

**Herr Dr. Wilk selbst sagte, dass die bevorstehende rote Überschuldungslaterne nicht hausgemacht ist.**

**Da stimmt ihm die Linksfraktion uneingeschränkt zu.**

**Wir haben in den letzten Jahren Beschlüsse gefasst, die mit 10 Millionen € zu einer strukturellen Entlastung des Haushaltes geführt haben.**

**80 Stellen wurden abgebaut. Und dies trotz Aufgabenzuwachs.**

**Und trotzdem kommen wir auf keinen grünen Zweig.**

**Schauen wir uns doch einmal das Procedere einer jeden Haushaltsaufstellung an. Jahr für Jahr und immer das gleiche!**

**Der Kämmerer des Kreises stellt einen Haushalt auf. Das Eckpunktepapier wird an die kreisangehörigen Kommunen versandt.**

**Der Aufschrei der Bürgermeister, der Kämmerer und der Stadt- und Gemeinderäte ist groß.**

**Sie stellen das Benehmen nicht her, jedoch ist dies ohne rechtliche Bindung für uns.**

**Die Kämmerer der Kreise, Oberbürgermeister der kreisfreien Städte und die Landräte stöhnen dann auch auf, wenn der geplante Umlagesatz des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bekannt wird und stellen, ebenfalls ohne rechtliche Bindung für die Landschaftsverbandsversammlung, ebenfalls das Benehmen mit dem Haushaltsplanentwurf des Landschaftsverbandes nicht her.**

**Und wir als Linke sagen bei jeder Haushaltsberatung, und so auch heute, dass es überhaupt keinen Sinn macht, wenn sich die kommunale Familie, zu der Städte, Kreise und Landschaftsverband Westfalen-Lippe gehören, sich gegenseitig Vorwürfe machen.**

**Jeder wirft dem Nächsten vor, nicht genug zu sparen.**

**Dabei liegt das Grundübel, und auch das wiederholt sich jedes Jahr, in der unzureichenden Finanzierung der Kommunen bei Land und Bund.**

**Nach wie vor werden Aufgaben auf die kommunale Familie abgewälzt, ohne denen die entsprechenden Mittel für diese Mehrbelastungen zur Verfügung zu stellen.**

**Wie wir alle wissen, erhebt der Kreis Unna als Umlageverband die Kreisumlage, die die kreisangehörigen Kommunen zu zahlen haben.**

**Aber, er muss auch Umlagen zahlen, so an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe.**

**Der dort aufgestellte Haushalt hat ein Volumen von 3,1 Mrd. €, davon sind 90% Sozialleistungen.**

**Und zwar gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen für behinderte Menschen.**

**Die Mehrkosten dafür betragen alleine für das Jahr 2015 ca. 130 Millionen €.**

**Und auf diese 130 Millionen €, die aus Fallzahlen- und Fallkostensteigerungen resultieren, haben die behinderte Menschen einen Rechtsanspruch.**

**Dadurch bedingt soll sich die Landschaftsumlage um 0,5% erhöhen.**

**So der Haushaltsplanentwurf.**

**Jetzt hat sich die CDU/SPD-Koalition im LWL darauf geeinigt, den Hebesatz um 0,3% Punkte zu senken. Insgesamt wäre das, da es so verabschiedet werden wird, eine um 2,1 Mio. niedrigere Zahlung des Kreises an den LWL.**

**Das heißt, dem LWL werden gegenüber der Haushaltsplanung ca. 36 Mio. € fehlen. Zweidrittel davon sollen durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage erfolgen, ein Drittel ist, so der Antrag von CDU/SPD von gestern, durch zusätzliche Einnahmen und eine**

**Reduzierung auf der Ausgabenseite, z.B. durch restriktive Bewirtschaftung zu kompensieren.**

**Ein sehr eigentümlicher Antrag. Die Quittung, sprich höhere Umlagen, werden wir in den nächsten Jahren bekommen. Ich werde Sie daran erinnern.**

**Durch diesen Antrag bügeln die CDU/SPD-Fraktionen im LWL die großen sozialpolitischen Verwerfungen der sogenannten großen Koalition in Berlin auf Kosten der Behinderten aus.**

**Diese große Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, sich mit 5 Milliarden € an den Kosten der Eingliederungshilfe zu beteiligen.**

**Die Formulierung im Koalitionsvertrag hatte jedoch einiges Kleingedruckte, was so klein geschrieben war, dass es offenbar außer den Unterhändlern und dem Bundesfinanzminister keiner lesen konnte.**

**Ergebnis: Diese 5 Mrd. sollen erst ab dem Jahre 2018 gezahlt werden, also nach der Legislaturperiode des jetzigen Bundestages.**

**Das ist genau so, als würden wir heute Konsolidierungsmaßnahmen in Millionenhöhe beschließen, die erst ab Anfang 2021, nach der Wahl des neuen Kreistages, wirksam werden würden. Dafür gibt es nur einen Ausdruck:**

**Irrsinn.**

**Vergessen sollten wir, Verwaltung, aber auch die Kreistagsmitglieder nicht die Tatsache, dass in 2014 vom Kreis Unna ca. 87 Mio. € an den LWL zu zahlen waren, jedoch über 100 Mio. € vom LWL in den Kreis Unna geflossen sind. Bundes- und Landesmittel nicht eingerechnet.**

**Aber ich kann auch Ihnen, SPDlern, CDUlern, Grünen und FDPlern, wohlwissend, dass Sie es nicht gerne hören, nicht ersparen, auf die jeweils von Ihnen gestellte Landesregierungen einzugehen.**

Der Verbundsatz, das heißt, der Prozentsatz mit dem die Kommunen an den Landeseinnahmen beteiligt sind, der 1982 nur vorübergehend gesenkt werden sollte, beträgt heute noch immer 23% gegenüber 28% damals. Das, Ib. Kolleginnen, Ib. Kollegen sind Milliardenbeträge, die uns allen fehlen. Die Kommunen erhöhen ihre Grundsteuern in ungeahnte Höhen, auch die anderen kommunal zu beeinflussende Steuern wie Hundesteuer etc. werden maßlos erhöht.

Dem Kreis bleibt jedoch nur die Möglichkeit, den Umlagesatz zu erhöhen. Er kann keine Steuern erhöhen.

Betrachtet man auch die nicht nur für uns als Linksfraktion nicht nachzuvollziehende Berechnung der Schlüsselzuweisungen an die Kreise, wird auch dort ersichtlich, wo der Schuh mehr als drückt:

Wir haben einmal die Kreise Steinfurt und Unna verglichen.

Der Kreis Steinfurt hat ca. 434.000 Einwohner, der Kreis Unna ca. 392.000 Einwohner.

Von 2004 – 2014 erhielt der Kreis Steinfurt insgesamt 248.842.551 € mehr an Schlüsselzuweisungen, als der Kreis Unna.

Im nächsten Jahr erhält der Kreis Steinfurt 65.798.296 € an Schlüsselzuweisungen aus dem Landeshaushalt, der Kreis Unna 21.395.173 €. Wieder eine Differenz zuungunsten unseres Kreises in Höhe von € 44.403.123 €.

Auf die Einwohner heruntergerechnet heißt das, dem Land ist jeder Einwohner des Kreises Steinfurt 151,61 wert, ein Einwohner des Kreises Unna lediglich 54,58 €.

Diese ungeheure Ungerechtigkeit würden wir uns gerne einmal von den beiden Landtagsabgeordneten Ganzke und Goldmann, die ja auch Mitglieder dieses Kreistages sind, schlüssig erklären lassen.

Vor allem vor dem Hintergrund, dass es im Kreis Steinfurt Ende Oktober diesen Jahres nur 11.461 Bedarfsgemeinschaften gab, im Kreis Unna dagegen 20.242 Bedarfsgemeinschaften. Der Kreis

**Steinfurt hat eine Arbeitslosenquote von 3,2 %, unser Kreis eine von 8,8%.**

**Die Mehrkosten allein für die Ausgaben für die Bedarfsgemeinschaften liegen bei uns um einen deutlich zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr höher.**

**Nicht zu vergessen, wie vom Kämmerer erwähnt, Ungleichbehandlung kreisfreier Städte gegenüber den Kreisen. Auch dies zu unseren Ungunsten.**

**Dieses für uns mehr als unsolidarische Verhalten seitens des Landes und des Bundes lassen uns zu den vom Kämmerer vorgebrachten Konsolidierungsvorschlägen wie folgt Stellung beziehen:**

- 1. Den jährlichen Haushaltskürzungen für die sogenannten internen Geschäftsaufwendungen in Höhe von 15% stimmen wir zu. Dadurch werden keine Haushaltssperren im kommenden Jahr mehr notwendig sein.**
- 2. Die pauschale Vorgabe für die Personalverwaltung, 500.000 € einzusparen, ist uns momentan zu diffus. Die vorgesehene sogenannte flexible Personalbewirtschaftung durch evtl. verzögerte Stellenbesetzungen oder Wiederbesetzungssperren erscheint uns, wenn man die heutige Belastung des Personals, aber auch die Höhe des Krankenstandes berücksichtigt, nicht machbar, auch nicht für den Personalrat.**
- 3. Die Senkung der Kosten der Unterkunft in Höhe von 2% sind unser Meinung nach real.**
- 4. Den Wegfall des Medienzentrums stimmen wir zu, da die Pflichtaufgaben zur Unterstützung als Schulträger zu dem Fachbereich Schulen und Bildung delegiert wurden.**
- 5. Bei dem Punkt „Aufgabe der Eigenreinigung verweise ich auf den Antrag von SPD, Grünen, uns, GFL/UWG, Piraten und FDP**

**6. Der Verringerung an Ausstellungen in Opherdicke und Cappenberg stimmen wir zu.**

**Die Linksfraktion hat für den Haushalt 2015 bewusst keine ausgabensteigernden Anträge gestellt. Zu den haushaltswirksamen Anträgen der anderen Fraktionen beziehen wir wie folgt Stellung:**

**Dem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, uns, UWG/GFL, FDP und Piraten, die Privatisierung von Reinigungsleistungen an Schulen und die kw-Vermerke auszusetzen, stimmen wir natürlich zu.**

**Ebenfalls den Anträgen von rot/grün, die Teilhabeleistungen mit 17,99 € zu vergüten.**

**Die Anträge 210/14 modellhafte Sozialarbeit weiter zu fördern, 201/14 Erhalt der Kulturveranstaltungen , 204/14 Zuschuss Frauenforum finden ebenfalls unsere Zustimmung.**

**Wir stimmen gegen den Antrag 203/14 der SPD, der eine Senkung der KDU-Kosten um 1 Mio.€ beinhaltet. Das ist für uns Kaffeesatzleserei.**

**Nicht zustimmen werden wir den Anträgen 215/14 Festschreibung der freiwilligen Zuschüsse an Dritte, 218/14 Aufgabe der unabhängigen zahnmedizinischen Patientenberatung zum Haushaltsjahr 2015 sowie, sowie dem Antrag 207/14 Wegfall der freiwerdenden Dezernentenstelle nach Ausscheiden des Dezernenten Sparbrod.**

**Herr Landrat, lb. Kolleginnen, lb. Kollegen,**

**es liegen sicher finanztechnisch keine einfachen Jahre vor uns.**

**Die Geisel Langzeitarbeitslosigkeit hat uns im Würgegriff.**

**Es bringt uns auch nicht weiter, an den Symptomen herumzudoktern. Wir haben zu Beginn dieser Legislaturperiode einen neuen Ausschuss „Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung“ beschlossen. Lassen Sie uns in diesem Ausschuss gemeinsam**

**auch neue Wege zum Abbau dieser Langzeitarbeitslosigkeit suchen.**

**So gab es in Brandenburg das Projekt „Konzepte und Empfehlungen für die Ermittlung und Stärkung der sozialen Infrastruktur durch soziale Unternehmen“. Gefördert wurde es vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien.**

**Bei diesen Unternehmen handelt es sich um privatrechtlich verfasste Wirtschaftsunternehmen zur Realisierung sozialer und/oder gemeinwesenbezogener Zielsetzungen.**

**Es würde zu weit führen, dies heute detailliert auszuführen.**

**Aber wir sollten uns das in den nächsten Sitzungen einmal genau anschauen.**

**Weiterhin ist unserer Meinung nach unabdingbar, einen öffentlichen Beschäftigungssektor zu installieren. Wir werden die Langzeitarbeitslosigkeit sonst nicht in den Griff bekommen und die Kosten der Unterkunft steigen unaufhaltsam weiter.**

**Lassen Sie mich noch einige Worte zur interkommunalen Zusammenarbeit sagen.**

**Seit wie vielen Jahren ist die IKZ ein Thema bei uns?**

**Was ist bisher großartiges in diesem Bereich passiert?**

**Sie kennen alle die Antwort: Ganz, ganz wenig. Traurig, aber wahr.**

**Nach wie vor hat das Kirchturmdenken unserer Lokalpolitiker immer noch die Oberhand.**

**Wir müssen gemeinsam, Kreis und kreisangehörige Kommunen endlich diese Problematik angehen, nicht nur in Zusammenkünften, sondern im gemeinsamen Handeln, anders wird die IKZ immer nur ein Schlagwort sein.**

**Herr Landrat, Ib. Kolleginnen, werte Gäste.**

**Bei Annahme des von uns mit gestellten Antrags „die Privatisierung an Schulen und Aussetzung der kw-Vermerke in diesem Bereich stimmt die Linksfraktion dem Haushalt 2015 zu.**

**Bei Nichtannahme lehnen wir den Haushalt ab.**

**Unser Dank gilt der Kämmerei und der Verwaltung für die Erarbeitung des Haushaltsentwurfs. Wir danken auch dem Personalrat für die konstruktiven Gespräche sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit.**

**Ihnen, Ib. Kolleginnen, Ib. Kollegen danken wir für die überwiegend gute Zusammenarbeit im jetzt zu Ende gehenden Jahr 2014.**

**Dir, lieber Rüdiger Sparbrod, der Du heute letztmalig als Aktiver an einer Haushaltsberatung des Kreises Unna teilnimmst, danke ich, auch im Namen meiner Fraktion, für die langjährige vertrauensvolle, angenehme Zusammenarbeit.**

**Ihnen allen wünsche ich ein friedvolles Weihnachtsfest und ein Ihren Ansprüchen gerecht werdendes Jahr 2015.**

**Glück auf!!**

